

SSW-Vorschlag

Fahrplan Enquetekommission: „Chancen und Risiken einer norddeutschen Kooperation“

1. Grobplanung

- Festsetzung der Themen und Benennung der konkreten Problemstellungen und der zugrundeliegenden Zielsetzung : Einsparungen oder konkrete Verbesserungen in welchen Bereichen? Welche konkreten Probleme des Landes Schleswig-Holstein löst eine Kooperation mit Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen? Wie wirkt sich eine verstärkte norddeutsche Kooperation auf die regionale Entwicklung in Schleswig-Holstein, auf die Ostseekooperation und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark aus?

2. Bestandsaufnahme und Status Quo bisheriger Kooperationen/ Fusionen durch Bericht der Landesregierung zu:

- Bestehenden Kooperationen
- bisher erfolgten sowie geplanten Fusionen
- abgeschlossenen Staatsverträgen
- positiven wie negativen Effekten dieser Kooperationen/ Fusionen in Hinblick auf finanzielle Auswirkungen aber auch auf Aspekte der Qualität/ Bürgernähe
- zukünftigen, geplanten Kooperationen und Fusionen vor dem Hintergrund einer kritischen Bestandsaufnahme (unter Berücksichtigung qualitativer Aspekte neben dem Finanziellen)

3. Berichte durch Beteiligte an bestehenden Kooperationen/ Fusionen:

- demokratisch legitimierte Gremien
- konkrete Institutionen (z.B. Statistikamt Nord)
- Landesplanung und Infrastruktur
- Hochschulen, Kultureinrichtungen, Bildungseinrichtungen
- Wirtschaft und Arbeitsmarkt

4. Organisation möglicher Kooperationen unter den Aspekten demokratischer Legitimation und parlamentarischer Kontrolle – Wahrung der parlamentarischen Kontrollrechte der föderalen Ordnung Deutschlands

- Unter Berücksichtigung der Themen Konkurrenzföderalismus und Föderalismusreform (Siehe hierzu Pkt. 4 Absatz 4 der Drs. 17/181/ des Einsetzungsantrags)
- **5. Konsequenzen aus den gesammelten Erkenntnissen (finanzielle und qualitative Aspekte):**
- Anpassung Verwaltungsstrukturen/ Entscheidungsstrukturen
- Synergien und Doppelspitzen (Einsparungen und Mehrkosten)
- Konkrete Mehrwerte für den Bürger durch z. B. vereinfachten Zugang, mehr Transparenz und bessere Dienstleistungsqualität

5. Erstellen des Abschlussberichts

Vorschläge für Anhörung Enquetekommission:

- Landesregierung
- Kommunale Spitzenverbände
- DGB
- IHK und Handwerkskammer
- Fritz W. Scharpf (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung)
- Poul Erik Mouritzen (Syddansk Universitet Odense)
- Deutsch-Dänisches Regionalmanagement, IHK Flensburg
- Institut for Transportstudier, Padborg
- Ramböll Management über Fusionen
- Det Sydslesvigske Samråd
- Landesverband Deutscher Sinti und Roma e.V
- Friesenrat und Minderheitensekretariat beim Bundesinnenministerium
- Schleswig-Holsteinischer Heimatbund (SHHB)

gez.

Anke Spoorendonk

und Fraktion